



AUSGABE 92
Juni 2011

ANALYSEN & ARGUMENTE

Die Strategische Neuausrichtung der Bundeswehr

ZEHN THESEN ZU DEN VERTEIDIGUNGSPOLITISCHEN RICHTLINIEN

Patrick Keller

Am 18. Mai 2011 hat der Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maizière, seine Vorstellung von der strategischen Neuausrichtung der Bundeswehr in drei parallel veröffentlichten Texten erstmals umfassend dargelegt. Das Kerndokument sind die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), die unter dem Titel „Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“ den strategischen Rahmen deutscher Sicherheitspolitik abstecken und aus denen sich Aufgabenspektrum und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr ableiten lassen. Es ist das erste derartige Dokument seit den VPR von 2003 und 1992 unter den Ministern Struck respektive Rühle. Begleitet werden die VPR vom „Eckpunkte-Papier für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ und einer Rede des Ministers, welche die wichtigsten Prinzipien für die Umsetzung der strategischen Überlegungen in die konkrete Planung der Bundeswehr festlegen. Herleitung, Begründung und Umsetzung der Neuausrichtung werden somit in einem Zuge behandelt. Diese Dokumente haben ein überwiegend sehr freundliches Echo in Medien und Politik hervorgerufen und bestechen durch ihre Klarheit und Präzision. Daher soll mit dieser Analyse versucht werden, nicht nur die wesentlichen Ergebnisse der Papiere zusammenzufassen (das ist in den Zeitungen ausgiebig geschehen), sondern anhand von zehn Thesen grundlegende Weichenstellungen und zukünftige Herausforderungen dieser Neuausrichtung zur Diskussion zu stellen.

Ansprechpartner

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-942775-36-6



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

- 3 | I. Die Neuausrichtung der Bundeswehr hatte einen finanzpolitischen Anlass, aber eine sicherheitspolitische Ursache.
- 3 | II. Ungeachtet der vieldiskutierten Stilfragen unterscheiden sich die Pläne de Maizières nicht fundamental von denen zu Guttenbergs.
- 3 | III. Wesentliche Aspekte der Finanzierung der Neuausrichtung sind noch unklar.
- 4 | IV. Die zunehmende „Entgrenzung“ deutscher Sicherheitspolitik ist analytisch richtig.
- 4 | V. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kann nicht als Regelfall oder gar Blaupause für künftige Missionen gelten. Oder doch?
- 5 | VI. Die Priorisierung der Aufgaben ist eine budgetpolitische Notwendigkeit, aber eine sicherheitspolitische Unmöglichkeit.
- 5 | VII. Das Schlagwort der „Vernetzten Sicherheit“ wird ausgemustert, das Grundprinzip des gesamtheitlichen Ansatzes aber nicht aufgegeben.
- 5 | VIII. Dass die strategischen Überlegungen für die vertiefte europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur wenige Impulse bieten, ist bedauerlich, aber Ergebnis einer realistischen Einschätzung.
- 6 | IX. Die Verankerung der Bundeswehr und sicherheitspolitischer Überlegungen in der Gesellschaft ist, insbesondere nach der faktischen Aussetzung des Wehrdienstes, eine zentrale Zukunftsaufgabe deutscher Politik.
- 6 | X. Auf die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland haben die Verteidigungspolitischen Richtlinien nur wenig Auswirkung.



I. Die Neuausrichtung der Bundeswehr hatte einen finanzpolitischen Anlass, aber eine sicherheitspolitische Ursache.

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere die Einführung der „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz haben den Anstoß zur Neuausrichtung der Bundeswehr gegeben. Die Vorgabe aus dem Finanzministerium vom Sommer 2010, wonach der Verteidigungshaushalt bis 2014 ungefähr 8,3 Milliarden Euro einsparen soll, hat den entscheidenden Impuls gesetzt. Denn angesichts eines Jahresbudgets von ca. 30 Milliarden Euro wird klar, dass solch ein Einschnitt nicht ohne eine massive Umgestaltung der deutschen Verteidigung zu leisten ist – auch wenn der zeitliche Horizont inzwischen um ein Jahr gestreckt wurde und über die Gesamtsumme im Einzelnen nachverhandelt wird.

Auch ohne diesen finanzpolitischen Antrieb wäre die Neuausrichtung der Bundeswehr allerdings aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig gewesen. Denn die sich wandelnde sicherheitspolitische Lage erfordert es, Ziel, Auftrag, Mittel und Struktur der Bundeswehr anzupassen. Die Streitkräfte unterliegen daher seit gut zwei Jahrzehnten einer ständigen „Reform“ – einer der Gründe, warum der Minister nun lieber von „Neuausrichtung“ spricht. Das ist grundlegend und zukunftsfester gemeint als die bisherigen Reformschritte, die zudem viel Widerwillen in der Bürokratie und in der Truppe erzeugt haben. Es ist die Verbindung aus einer neuen Bedrohungslage und einer neuen Einsatzerfahrung mit einer veränderten demographischen Situation und erheblichen finanziellen Kürzungen, die diese Neuausrichtung erforderlich macht. Es ist also keine „Sicherheitspolitik nach Kassenlage“ – zumindest nicht mehr als dies in der Vergangenheit bereits der Fall war.

II. Ungeachtet der vieldiskutierten Stilfragen unterscheiden sich die Pläne de Maizières nicht fundamental von denen zu Guttenbergs.

Der politisch-persönliche Stil de Maizières wird oft im Gegensatz zum Auftreten zu Guttenbergs beschrieben: War der eine ein Meister des medial inszenierten Auftritts, so ist der andere ein Meister bürokratischen Managements. Was den Karikaturisten erfreuen mag, spiegelt sich in der tatsächlichen Planung der Neuausrichtung der Bundeswehr allerdings nicht wider. Insbesondere die nun beschlossenen Eckpunkte der personellen und strukturellen Reform decken sich im Wesentlichen mit dem, was schon zur Zeit zu Guttenbergs im Ministerium und in sicherheitspolitischen Expertenzirkeln gedacht wurde.

So peilt de Maizières Streitkräfte im Umfang von bis zu 185.000 statt bislang 220.000 Soldaten an. Das liegt am oberen Ende des erwarteten Spektrums, setzt sich aber aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten plus 5.000 freiwillig Wehrdienstleistenden zusammen – ergänzt um bis zu 10.000 weitere Freiwillige, deren Meldung noch ungewiss ist. Auch die geplante Reduzierung der zivilen Mitarbeiter von 76.000 auf 55.000, die Umstrukturierung des Ministeriums von 17 auf neun Abteilungen sowie die Aufwertung des Generalinspektors (der allerdings, anders als im Bericht der von zu Guttenberg eingesetzten Weisse-Kommission gefordert, unterhalb der Ebene der Staatssekretäre bleibt) kommen nicht überraschend.

Die Ähnlichkeit der Planungen verschiedener Akteure über die vergangenen Monate hinweg unterstreicht die Konsequenz und sachliche Notwendigkeit der getroffenen Entscheidungen. Es ist de Maizières Verdienst, dass dies nun tatsächlich Entscheidungen und nicht mehr nur Vorhaben sind; es bleibt zu Guttenbergs Verdienst, diesen Prozess eingeleitet und mit der Aussetzung der Wehrpflicht unumkehrbar gemacht zu haben.

III. Wesentliche Aspekte der Finanzierung der Neuausrichtung sind noch unklar.

Inwiefern die Neuausrichtung dem Sparziel der Bundesregierung gerecht wird, bleibt noch offen. Die drei Dokumente des Ministeriums liefern dazu keine belastbaren Angaben. Zwar wird deutlich, dass man sich gerade von der Senkung der Personalkosten erhebliche Spareffekte erhofft, aber konkrete Zahlen sind noch nicht bekannt – zumal Abfindungen und Mittel zur Rekrutierung Freiwilliger nach Aussetzung der Wehrpflicht zumindest kurz- und mittelfristig als Kostentreiber wirken werden.

Um ebenso kurzfristige wie dauerhafte Einsparungen zu erreichen, müssen auch zwei besonders heikle Fragen beantwortet werden: Welche Standorte der Bundeswehr sollen geschlossen werden und auf welche Rüstungsprojekte kann und will die politische Führung verzichten? Zu beiden Punkten findet sich in den Mai-Dokumenten wenig. Ein Konzept zur Standortfrage ist für Oktober angekündigt. Da wird es darauf ankommen, die vier Bestimmungsfaktoren Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche mit den lokal- und landespolitischen Ansprüchen in die Balance zu bringen. Die Rüstungsprojekte betreffend befindet sich eine Prioritätenliste des Ministeriums in konstanter Überarbeitung. Es bleibt eine enorme Herausforderung, Vertragstreue, Leistungsfähigkeit der Streitkräfte und Sparvorgaben in Einklang zu bringen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass in



Zukunft verstärkt auf vorgefertigte Standardlösungen (*off-the-shelf*) anstatt auf maßgefertigte Produkte zurückgegriffen wird – ungeachtet der Nachteile, die dies für Einsatzsicherheit und -effizienz birgt.

Zugleich signalisieren einige starke Formulierungen in den Mai-Dokumenten die Entschlossenheit de Maizières, in zukünftigen Budgetverhandlungen bessere Bedingungen für den Verteidigungshaushalt zu erzielen. So mahnen die VPR: „Streitkräfte sind Grundlage des Selbstbehauptungswillens ... der Nation. (...) Die Bundeswehr muss die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen.“ (S. 10) Und in seiner Rede unterstrich der Minister: „Sicherheit ist prioritär. Es ist die erste Staatsaufgabe.“ Das heißt auch, dass Sparvorgaben, die von allen Ressorts das Verteidigungsministerium in Relation zum Gesamtvolumen am stärksten unter Druck setzen, auf Dauer nicht akzeptabel sind. Auch das BMVg muss sparen; aber nicht mehr als alle anderen.

IV. Die zunehmende „Entgrenzung“ deutscher Sicherheitspolitik ist analytisch richtig.

Die VPR führen einen Trend fort, der bereits unter Peter Struck eingesetzt hat: Im Zeitalter der Globalisierung orientiert sich Sicherheitspolitik nicht mehr an territorialen Grenzen allein. So sagt de Maizière: „Die Sicherheit Deutschlands ist heute nicht mehr geographisch zu begrenzen. Die neuen Bedrohungen machen vor nationalen Grenzen nicht mehr Halt“. Zu Recht folgert er daraus die Notwendigkeit nicht nur einer stärker internationalen Ausrichtung deutscher Sicherheitspolitik, sondern auch der Verzahnung äußerer und innerer Sicherheit: „Die traditionelle Unterscheidung von äußerer Sicherheit und öffentlicher Sicherheit im Inneren verliert angesichts der aktuellen Risiken und Bedrohungen mehr und mehr ihre Bedeutung.“ (VPR, S. 6)

In der Tat ist dies der einzige Schluss, den die übliche Liste der sogenannten neuen Bedrohungen (die auch in den VPR nicht fehlt) zulässt. Die Trias aus internationalem Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem Zerfall staatlicher Strukturen wirkt sich unmittelbar auf Deutschlands innere wie äußere Sicherheit aus, und gleiches gilt für Angriffe im Cyberspace oder destabilisierende Auswirkungen des Klimawandels – auch wenn sie von einem weit entfernten Punkt auf dem Globus ausgehen. Es ist daher begrüßenswert, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien mit besonderem Nachdruck die Stabilität des internationalen Systems zu einem sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands erklären. Als einer großen und wohlhabenden Exportnation kommt Deutschland eine besondere internationale Verantwortung zu, die sich nicht immer auf Diplomatie,

Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Verflechtung begrenzen kann und darf.

V. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kann trotzdem nicht als Regelfall oder gar Blaupause für zukünftige Missionen gelten. Oder doch?

Aus der „Entgrenzung“ könnte man folgern, dass militärische Missionen außerhalb des Bündnisgebietes, wie zum Beispiel in Afghanistan, typisch für das zukünftige Anforderungsprofil der Bundeswehr und der deutschen Sicherheitspolitik insgesamt sein werden. Allerdings geben die vorliegenden Papiere eher jenen Auftrieb, die Afghanistan als Sonderfall und Ausnahme verstanden wissen wollen – schon das Wort „Afghanistan“ wird in den VPR überhaupt nicht und in der Rede des Ministers nur einmal nebenbei erwähnt. Stattdessen heißt es über die zukünftigen Anforderungen an die Bundeswehr: „Die derzeitig laufenden Einsätze bieten dafür lediglich eine Orientierung.“ (VPR, S. 15) Auch die Betonung des Begriffs der „Landesverteidigung“ – wenn auch im Sinne der Bündnisverteidigung verstanden – weist nicht auf eine zunehmende Bereitschaft zu Interventionen außerhalb der Bündnisgrenzen hin. Dazu passt, dass de Maizière wieder von der Bundeswehr als einer „Armee im Einsatz“ spricht. In der Konnotation ist das zurückhaltender als der von zu Guttenberg zwischenzeitlich etablierte Begriff von der Bundeswehr als einer „Einsatzarmee“.

Andererseits reflektiert die Neuausrichtung der Bundeswehr die Einsatz-Realität der vergangenen Dekade, wenn sie auf die verbesserte Fähigkeit zu Stabilisierungseinsätzen in Krisen – gerade außerhalb des Bündnisgebietes – abstellt. So sollen in Zukunft 10.000 statt bislang 7.000 Soldaten zeitgleich für den Einsatz vorgehalten werden. Dazu gehört auch, dass die Verlegefähigkeit der Streitkräfte verbessert werden muss und die „Befähigung zum Kampf“ (VPR, S. 12) zum Maßstab für die Einsatzbereitschaft erklärt wird. Zeitgemäße Sicherheitspolitik bedeutet, in einer schönen Formulierung der VPR, die Auswirkungen von Krisen und Konflikten „auf Distanz zu halten“ (S. 5). Das gelingt aber nicht durch Abschirmung und eigene Isolation, sondern erfordert eine aktive, gestaltende Außenpolitik, zu der mitunter auch militärische Mittel zählen.

Die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr zielt daher, wie auch schon das im November 2010 beschlossene Strategische Konzept der NATO, auf einen Mittelweg zwischen klassischer Landesverteidigung und globaler Stabilitätsprojektion. Die Erfahrung lehrt, dass dies in der Regel keine Entscheidungsfrage ist, sondern verantwortliche Sicherheitspolitik unter den Bedingungen der Globalisierung beides leisten können muss.



VI. Die Priorisierung der Aufgaben ist eine budgetpolitische Notwendigkeit, aber eine sicherheitspolitische Unmöglichkeit.

Beides zu leisten, klassische Landesverteidigung und globale Stabilitätsprojektion, wird angesichts leerer Kassen allerdings immer schwieriger. Daraus ergibt sich eine Dynamik, Schwerpunkte zu setzen. Das gilt auch im Zusammenhang mit der Bedrohungsanalyse. Wenn es die Haushaltslage nicht erlaubt, sich auf alle Gefahren in gleich intensivem Maße einzustellen, wovor sollen wir uns dann in erster Linie schützen – Mittelstreckenraketen aus Nahost oder Angriffen aus dem Cyberspace? Vor der Ausweitung der organisierten Kriminalität in Europa oder den Auswirkungen von Staatszerfall in strategisch brisanten Weltregionen? Und was ist mit Donald Rumsfelds „unknown unknowns“, den Ereignissen, von denen wir jetzt noch gar nicht wissen, dass sie unsere Sicherheit bedrohen werden?

Das sind nur einige Beispiele für die Fragen, die sich Sicherheitsexperten stellen müssen, wenn sie den Anforderungen der Haushälter gerecht werden wollen. In jeder gegebenen strategischen Situation lässt sich eine mehr oder weniger unstrittige Liste solcher Prioritäten entwickeln, wie die NATO es in ihrem Strategischen Konzept getan hat. Aber befriedigend oder gar endgültig kann eine solche Priorisierung nie sein. Denn es liegt im Wesen der Sicherheitspolitik, auf das Unerwartete reagieren zu müssen. De Maizière sagt in seiner Rede: „Sicherheitspolitik ist Politik gegen Unsicherheiten.“ Das Management dieser Unsicherheiten erfordert Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Es ist daher auch organisationsplanerisch und haushalterisch geboten, einen genügend weiten Rahmen zu lassen, um morgen Aufgaben erfüllen zu können, die heute noch kaum jemand der Bundeswehr zugeschrieben hätte.

VII. Das Schlagwort der „Vernetzten Sicherheit“ wird ausgemustert, das Grundprinzip des gesamtheitlichen Ansatzes aber nicht aufgegeben.

Der Begriff der „Vernetzten Sicherheit“, der insbesondere unter Verteidigungsminister Franz-Josef Jung die Debatte über die Ausrichtung deutscher Sicherheitspolitik prägte, findet in den Mai-Dokumenten keine Erwähnung. Die Binsenweisheit, dass in Stabilisierungseinsätzen militärische und zivile Mittel miteinander koordiniert werden müssen, ist also nicht länger Ausgangs- und Endpunkt des strategischen Nachdenkens. Zudem rücken die Streitkräfte selbst „als Grundlage des Selbstbehauptungswillens ... der Nation“ (VPR, S. 10) wieder stärker ins Zentrum der deutschen Sicherheitspolitik. Die Ausmusterung des Begriffs der „Vernetzten Sicherheit“ steht daher im Einklang mit dem not-

wendigen Fokus auf die Neuausrichtung der deutschen „hard power“.

Das ist jedoch nicht mit einem Rückfall in die Zerstückelung sicherheitspolitischer Verantwortlichkeit zu verwechseln. Die meisten der gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen sind nicht mit militärischen Mitteln allein zu bewältigen. Moderne Sicherheitspolitik kann daher nur gesamtheitlich gedacht werden und erfordert die Verzahnung verschiedener Ressorts und Akteure. Schon als Chef des Kanzleramtes und Bundesinnenminister hat de Maizière dieses Prinzip verfolgt, und es findet sich jetzt auch in den VPR und seiner Rede vom 18. Mai. Während der umfassende Ansatz also weiterhin die sicherheitspolitische Strategie bestimmt, akzentuiert die Neuausrichtung der Bundeswehr zunächst die notwendige Stärkung der ressortspezifischen Grundlagen – ohne die es gar nichts zu vernetzen gäbe.

VIII. Dass die strategischen Überlegungen für die vertiefte europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur wenige Impulse bieten, ist bedauerlich, aber Ergebnis einer realistischen Einschätzung.

Natürlich bleibt die Europäische Union neben der NATO der wichtigste Bezugsrahmen deutscher Sicherheitspolitik. Und die VPR enthalten auch alle obligatorischen Hinweise auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer effizienteren europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – von der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit bis zu Berlin Plus Reverse. Aber nichts davon ist neu oder auch nur mit neuem Schwung vorgetragen. Dabei kämpfen andere europäische Staaten wie Frankreich und Großbritannien mit ganz ähnlichen Herausforderungen der Neuausrichtung ihrer Streitkräfte unter Bedingungen schrumpfender Haushalte, so dass es gerade jetzt naheliegend wäre, neue Impulse für die europäische Zusammenarbeit zu setzen. Der einzig nennenswerte Impuls ist jedoch die Wiederholung der deutsch-schwedischen Gent-Initiative vom September 2010 (freilich ohne solchen Verweis), die auf eine nationale Analyse abzielt, welche Fähigkeiten über *pooling* und *sharing* im europäischen Kontext effizienter genutzt werden können.

Das Ausbleiben solcher Impulse ist jedoch nachvollziehbar. Seit den unterschiedlichen Positionierungen innerhalb der EU zur Libyen-Krise ruht das Thema der vertieften verteidigungspolitischen Kooperation. Auch zuvor war schon die alte Neigung der meisten europäischen Staaten zu beobachten gewesen, ihre sicherheitspolitischen Reformen erst im nationalen Rahmen durchzuführen und dann auf die europäische Ebene zu schauen – anstatt umgekehrt. Eine andere Vorgehensweise ist wünschenswert und auf lange Sicht unabding-



bar, wenn Europa auch als militärischer Akteur weltpolitisches Gewicht behalten will, aber unter den gegenwärtigen europapolitischen Bedingungen nicht umsetzbar.

IX. Die Verankerung der Bundeswehr und sicherheitspolitischer Überlegungen in der Gesellschaft ist, insbesondere nach der faktischen Aussetzung des Wehrdienstes, eine zentrale Zukunftsaufgabe deutscher Politik.

Meist werden die Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht unter dem Gesichtspunkt diskutiert, wie die Bundeswehr nun die veranschlagten 5.000 bis 15.000 Freiwilligen rekrutieren kann – und wie sich überhaupt dauerhaft befähigter Nachwuchs für die Streitkräfte gewinnen lässt. In der Tat ist dies eines der großen Fragezeichen, die über der Neuausrichtung schweben. Des Ministers patriotische Appelle an die junge Generation, diese Chance zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu ergreifen, sind lobenswert, aber womöglich nicht ausreichend.

Es geht aber nicht nur um das Problem der Nachwuchsgewinnung, sondern auch um die Verankerung von Militär- und Sicherheitspolitik in der Gesellschaft. Damit ist nicht die überholte Angst vor einer Armee als Staat im Staate gemeint. Vielmehr geht es um die Qualität und Breite der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland und damit um den notwendigen öffentlichen Rückhalt für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik. Die meisten der Bedrohungen des 21. Jahrhunderts sind nicht weniger gefährlich als die früherer Epochen, aber sie sind abstrakter und daher politisch schwieriger zu vermitteln. Diese Vermittlung kann nur gelingen, wenn die politische Führung sich ihrer intensiv annimmt. Aber die politische Führung braucht Verbindungen in die Gesellschaft hinein – über Medien, Stiftungen, Universitäten etc. – um nicht in wechselseitiger Verständnislosigkeit zu erstarren. Je weniger Menschen aus eigener Erfahrung vom Dienst in der Bundeswehr und der Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Dilemmata berichten können, umso schwieriger wird es, diese notwendige Kommunikation zu führen.

Es ist deshalb richtig, dass die Mai-Dokumente solches Gewicht auf die Rolle der Reservisten legen. Denn neben ihren Qualifikationen, mit denen sie die Arbeit der Bundeswehr unterstützen, bilden diese „Staatsbürger mit Uniform“ (VPR, S. 18) ein unverzichtbares Netzwerk, das die Sicherheitspolitik mit der breiten Bevölkerung verbindet. Daher gilt es nun verstärkt darüber nachzudenken, wie die Reservisten noch besser eingebunden und genutzt werden können, um diese immer wichtiger werdende Funktion zu erfüllen.

X. Auf die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland haben die Verteidigungspolitischen Richtlinien nur wenig Auswirkung.

Es ist die große Leistung der Mai-Dokumente, dass sie die Diskussion über die Neuausrichtung der Bundeswehr endlich aus dem engen haushaltspolitischen Kontext herauslösen und auf eine breite sicherheitspolitische Grundlage stellen. Doch es bleibt dabei, dass sich dafür nur eine Handvoll Fachpolitiker und ein überschaubarer Zirkel sicherheitspolitischer Experten interessieren. Es ist einigermaßen verblüffend, dass eine breite gesellschaftliche Rezeption der Verteidigungspolitischen Richtlinien bislang ausbleibt. Denn nicht nur ist dies nach 1972, 1979, 1992 und 2003 erst das fünfte wegweisende Dokument seiner Art, sondern es geizt auch nicht mit potentiell kontroversen Aussagen – zum Beispiel betonen die VPR die militärische Einsatzfähigkeit der Bundeswehr auch außerhalb des Bündnisgebietes und nennen die Freiheit der Handelswege und die sichere Rohstoffversorgung als deutsche Interessen, die gegebenenfalls auch militärisch geschützt werden müssen.

Schon wenige Tage nach der Publikation und den begleitenden medialen Initiativen war die öffentliche Auseinandersetzung mit den VPR aber bereits wieder verstummt. Grundsätzlich ist das nicht ungewöhnlich; Sicherheitspolitik ist außer in akuten Krisen kaum je ein Thema, das die Bürger bewegt. Allerdings ist eine Bundeswehr, die unter schwierigen finanziellen Bedingungen mehr und mehr internationale Verantwortung tragen können soll, auf stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung angewiesen als das berüchtigte „freundliche Desinteresse“ (Horst Köhler) bietet. Es bleibt daher eine dauerhafte Aufgabe für alle Akteure im politischen Raum, die Auseinandersetzung über Deutschlands sicherheitspolitische Strategie zu suchen und zu befeuern. Ein gelegentliches Richtungspapier der Regierung mag dazu Anlass und Orientierung geben, aber ausreichend ist es nicht.